

Abg. Krupp erfragte, ob die Stellen aufkommensneutral im Stellenplan sein und welche Mitarbeiter für diese Aufgabe benötigt würden und bittet zusätzlich um Erläuterung der Aufgabenbereiche.

Herr Zimmermann erläuterte hierzu, dass in den letzten Jahren aufgrund der Rechtsentwicklung aber auch aufgrund der Verwaltungsrechtsprechung eine erhebliche Aufgabe aus dem Bereich Artenschutz hinzugekommen sei.

Im Rahmen des Bauleitverfahrens spiele der Gedanke des Artenschutzes eine besondere Rolle und könne letztendlich dazu führen, dass alte bereits rechtskräftige Bebauungspläne aufgrund der Problematik im Bereich Artenschutz nicht vollzogen werden können.

Mit den Städten und Gemeinden sei abgesprochen worden, dass der Rhein-Sieg-Kreis praktisch als Dienstleister gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die Artenschutzproblematik abarbeite, um ihnen auch eine gewisse Sicherheit im Rahmen ihrer Bauleitplanung geben zu können.

Vor ca. zwei Jahren sei das Amt 67 umstrukturiert worden. Im Zuge dieser Umorganisation sei das Amt 67 sehr intensiv von der Organisationsabteilung untersucht worden. Es sei seinerzeit festgestellt worden, dass die Personaldecke gerade als ausreichend anzusehen sei. Zusätzliche Aufgaben könnten somit mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht mehr erledigt werden.

Bei dem zusätzlich benötigten Personal handle es sich um Verwaltungspersonal, welches derzeit in Besoldungsgruppen A 9 / A 10 BBO angesiedelt sei.

SKB Simon bat um Mitteilung, warum die zusätzlichen Stellen nicht auf den Sparbeschluss zur Haushaltskonsolidierung angerechnet würden.

Herr Carl teilte hierzu mit, dass aufgrund des Sparbeschlusses kaum die bisherigen Aufgaben umgesetzt werden können. Aus diesem Grund müssten für neue Aufgaben zusätzliche Stellen zur Verfügung stehen, die dann nicht auf die Haushaltskonsolidierung angerechnet würden. Aufgrund der Sparmaßnahmen der letzten Jahre sei die Personaldecke so eng, dass dies so nicht mehr aufgefangen werden könne und zusätzliches Personal benötigt werde.

Abg. Pagels teilte mit, dass es ihm vor diesem Hintergrund jedoch unerklärlich sei, wie die Gemeindeprüfungsanstalt in seinem Prüfbericht äußern könne, dass genügend Personal vorhanden sei, so dass der Sparbeschluss weiter durchgehalten werden könne. Es sei zu hinterfragen, inwieweit weitere Personaleinsparungen, vor dem Hintergrund der durch Herrn Carl getroffenen Aussage, noch Sinn machen würden.

Herr Carl antwortete, dass die Gemeindeprüfungsanstalt einen bestimmten Zeitraum geprüft habe. Dieser Zeitraum sei zwischenzeitlich abgelaufen, es sei jedoch weiterhin Personal eingespart worden obwohl zusätzlich auch neue Aufgaben hinzugekommen seien. Grundsätzlich müsse der Sparbeschluss daher in Frage gestellt werden.

Der Landrat sagte, dass in den vergangenen Jahren jährlich eine halbe Million € durch Stellenabbau eingespart worden seien, 2007 habe dies eine Einsparung von 1,5 Millionen € bedeutet. Mehr könne definitiv nicht eingespart werden.

Herr Nitschke merkte zu dem Bericht der Gemeindeprüfanstalt an, dass die Gemeindeprüfanstalt inhaltlich wertneutral prüfe und mögliche Sparpotentiale feststelle. Die Gemeindeprüfanstalt habe z. B. festgestellt, dass der Rhein-Sieg-Kreis im Bereich der Psychologischen Beratungsdienste so viel Geld wie kein anderer Kreis investiere. Hier könne natürlich theoretisch eingespart werden, dies sei aber politisch ausdrücklich nicht gewollt. Dies bedeute, die Aufgabe ist dem Rhein-Sieg-Kreis so wichtig, dass die hohen Personalausgaben bewusst in Kauf genommen und auf Einsparungen verzichtet werde.

Abg. Pagels bat darum, für die nächste Sitzung des Personalausschusses die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Personal, den neuen Aufgaben und dem dadurch benötigten Personal darzustellen. Dann könne gesehen werden, ob der Sparbeschluss weiterhin notwendig sei.

Der Landrat teilte mit, dass der Sparbeschluss hinfällig werden wird, da im kommenden Jahr kein Haushaltssicherungskonzept mehr benötigt werde. Im Rahmen der Haushaltsberatungen müsse dann auch über die Personalentwicklung beraten werden.

Herr Carl sagte zu, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Liste zur Verfügung gestellt werde, aus der die neuen Aufgaben ersichtlich seien.

Der Vorsitzende führte ergänzend aus, dass im Rechnungsprüfungsausschuss oft bemängelt werde, dass Personal fehle. Im Personalausschuss hingegen werde dann die Einsparung von Personal gefordert. Es müsse eine vernünftige Balance hergestellt werden.